5 Pfennig

6 Uhr-Abendblatt

5 Pfennig

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bezw. Böttbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981
Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Brunnenstr. 49 in Giebichenstein (Tel. 1403). Verantwortlich für die Redaktion Albert Hertling in Halle.

Nummer 305 — Halle, Mittwoch den 5. Dezember — 1917

Die Wahlreform-Debatte im Abgeordnetenhause.

Entschiedenes Eintreten des Reichskanzlers für die Vorlage — eine Wiedergeburt für Preußen. — Die Begründung des gerechten Wahlrechts durch den Minister des Innern. — Die konservative Absage durch Heydebrand. — Drohender Konflikt.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 5. Dezember.

Im Abgeordnetenhause begann heute die Beratung der Wahlrechtsvorlage, eingeleitet durch eine Rede des neuen Ministerpräsidenten Graf Hertling, der sich dabei dem Hause vorstellte. Nach einer kurzen Begrüßungsrede des Präsidenten Graf Schwerin ergriff Graf Hertling das Wort und sagte: Am 1. November hat Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen mich zum Reichskanzler berufen. Als sich herausstellte, daß die anfangs beabsichtigte Trennung der beiden Aemter nicht angängig sei, bat Seine Majestät im Anschluß an die erste Ernennung mich auch zum preußischen Ministerpräsidenten berufen. Die Schwierigkeiten, welche sich vom ersten Tage an mir entgegengestellt haben, sind sehr hoch einzuschätzen. In Reichstage, wo ich mich vor einigen Tagen vorgestellt habe, konnte ich als eine dort bekannte Persönlichkeit auftreten, da ich viele Jahre dem Reichstage als Mitglied angehört habe. Vor Ihnen, meine Herren, trete ich als ein völlig Unbekannter. Nicht als ob ich in Preußen geboren mit preußischen Verhältnissen nicht auch einigermaßen vertraut wäre. Ich habe 15 Jahre in Bonn gelebt und habe 1880 den preußischen Staatsbeamteneid geleistet. Nachher aber bin ich nach Bayern übergesiedelt und habe dort 30 Jahre lang als Professor an München gewirkt und bin 1912 an der Spitze des bayrischen Ministeriums geworden. Die Schwierigkeiten, welche sich daraus ergeben, habe ich vom ersten Tage an voll eingeschätzt. Ich habe sofort an den König die Bitte gerichtet nachdem bereits der hochverdiente Vizepräsident des Staatsministeriums Herr v. Breitenbach gebeten hat, ihn von seiner Stellung als Vizepräsident zu entheben, einen neuen Vizepräsidenten zu ernennen, der mehr als es bisher der Fall war, den Ministerpräsidenten zu vertreten haben würde. Wie bekannt, ist durch die Ernennung des Geheimrates Friedberg zum Vizepräsidenten der Wunsch erfüllt worden. Ich kann nur noch hinzufügen, daß ich die besten Absichten habe, mir das Vertrauen zu verdienen, auf das ich bisher einen Anspruch bei Ihnen nicht habe. (Beifall.)

Wie Sie wissen, bin ich vom ersten Tage meiner Berufung an vor eine der schwierigsten Aufgaben gestellt worden, ich sah mich vor die Verpflichtung gestellt, ein einst wiederholt und feierlich gegebenes Königswort einzulösen. Ich werde das Wort, soweit es in meinen Kräften liegt, einzulösen bemüht sein. (Lebhafter Beifall.) Ich tue das auch aus voller Ueberzeugung. Wie ich vor einigen Tagen an einer anderen Stelle andeute, pflegt der Krieg nicht nur im Volksleben tiefe Spuren zu hinterlassen, sondern auch zu neuen Aufgaben hinzuführen und zu neuen Gestaltungen zu drängen. Als ich dieses Wort aussprach, fand ich mich in voller Uebereinstimmung mit der Thronrede, durch welche am 13. Januar 1916 der Landtag der Monarchie eröffnet worden ist. „Der Geist gegenseitigen Vertrauens, heißt es da, wird auch im Frieden fortwirken in gemeinsamer Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und seinen Ausdruck finden in unserer Verwaltung und Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.“ Die Vorlage, die heute Ihrer Beschlußfassung unterbreitet wird, bezeichnet den Weg. Daß damit in der inneren Entwicklung von Preußen ein entschiedener Wendepunkt bezeichnet wird, ist mir völlig klar. Ich bin mir auch darüber klar, daß dieser bevorstehende Wendepunkt in vielen Kreisen schmerzliche Gefühle und schwere Bedenken erwachen wird. Sache einer wahrhaft staatserhaltenden Politik, zu der ich mich bekenne, ist es aber, sich nicht zu beschränken auf die Erhaltung des Bestehenden, sondern auch gegebenenfalls mutig und entschlossen Hand an Neuerungen zu legen, wenn das Bedürfnis des Volkes und die Entwicklung der politischen Lage es fordern. Wie gesagt, ich bedrohe die schmerzlichen Empfindungen, die bei den Anhängern des Bestehenden dadurch ausgelöst werden.

Ich würdige es vollkommen, wenn es sich für diese Gegner nicht bloß um Gefühlsmomente handelt, sondern wenn es sich für sie sogar um Gewissenskämpfe handelt. Dieser Kampf muß ehrlich durchgekämpft werden. Ein Wahlsystem läßt sich nicht mehr halten, für welches kein geringerer als Fürst Bismarck schon vor fünfzig Jahren seinen Verzicht ausgesprochen hat. (Lebhafte Zustimmung links), angesichts der durchgreifenden Veränderungen, die in der Zusammensetzung des Volkskörpers eingetreten sind. Wie gesagt, ich achte die Bedenken und Gefühle, trotzdem halte ich dafür, daß Sie dem Vaterlande den größten Dienst leisten, wenn Sie, selbstverständlich nach eingehender Prüfung der Vorlage, Ihre verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. (Beifall.) Sodann muß ich noch die Veränderung in der Zusammensetzung des Herrenhauses begründen. Diese stellt nicht dahin, die Stellung, die das Herrenhaus in Preußen bisher hat, eingenommen hat, zu verringern, sondern will vielmehr die Stellung im Volke fest verankern. Preußen ist nicht mehr der Agrarstaat aus der Mitte vorigen Jahrhunderts. Neben dem Grundbesitz sind in steigendem Maße Industrie und Handel als bestimmte Faktoren hinzugetreten. Es erscheint notwendig, in dieser Zusammensetzung des Herrenhauses den berufständischen Gedanken zur Geltung zu bringen. Gleichzeitig empfiehlt sich eine Heranziehung der Selbstverwaltung unter tunlichster Schonung des Bestehenden. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, ich möchte auch die weitere Begründung meinem verehrten Kollegen im preußischen Staatsministerium überlassen. Ich schließe mit den Worten: Bringen Sie dem Vaterlande dieses Opfer, wenn es ein Opfer ist! Stimmen Sie der Vorlage zu im Interesse der gedeihlichen friedlichen Entwicklung des Staates, möglichst, wenn sie sogar zur Verhütung schwerer Erschütterungen! (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Nach dem Ministerpräsidenten erhob sich der Minister des Innern Dr. Drews: Die Abänderungsbedürftigkeit des bestehenden Zustandes ist von der überwiegenden Mehrheit der Parteien, die [illegible] Die gesamte politische und wirtschaftliche Lage, insbesondere auch unsere Steuerverhältnisse, auf denen das Wahlrecht aufgebaut ist, haben sich derart verschoben, daß zurzeit ein von geltenden Wahlrecht nicht gewolltes, allgemein als Ungerechtigkeit empfundenes Mehrstimmenrecht der beiden ersten Klassen entstanden ist. Die Regierung hat stets betont, daß, sobald der Zeitpunkt für die Durchführung einer Reform des Wahlrechts gekommen sein werde, sie dann die Initiative ergreifen würde. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr gekommen. Das gewaltigste Ereignis, das unserem Volke beschieden sein konnte, ist über uns hereingebrochen. Der blutige Weltkrieg verlangt auch gebieterisch die Lösung der Wahlrechtsvorlage. Der Inhalt dieser Lösung ist vorgezeichnet durch die Tatsache, daß Preußen auf der Wahlstatt alle Männer unseres Volkes im gleichen Kampf kämpfen. Kein logisch läßt sich ein Wahlrecht nicht machen. (Lachen rechts.) Das Wahlrecht muß auf Gerechtigkeit fußen, der riesigen Pflichterfüllung jedes Preußen soll das gleiche Wahlrecht entsprechen. Das Mehrstimmenrecht würde an sich vielleicht, vom rein logischen Standpunkt aus, das folgerichtigste Wahlrecht sein, wenn es einen unterschlichen Schlüssel gäbe, den Wert jedes einzelnen Staatsbürgers zusammenzufassen. Das Mehrstimmenrecht ist darum für die Staatsregierung nicht annehmbar. Ein Versuch, das gleiche Wahlrecht auf anderer Grundlage zu gründen, ist für die Regierung nicht annehmbar. Die Botschaft vom 11. Juli hat auch das gleiche Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechtes gemeint, und ist von der Bevölkerung auch so verstanden worden. Mit allem Nachdruck muß der Aufsassung entgegengetreten werden, daß es sich bei der Vorlage um eine Wahlrechtung an die breiten Massen handele. Zurückweisen müssen wir ferner die Annahme, daß wir die Absicht verfolgten, durch eine Demokratisierung unseres Staates bei unseren Feinden eine günstige Stimmung hervorzurufen. Ob wir in Deutschland und Preußen mehr oder weniger demokratisch oder absolut regiert werden, gibt über die Stellung des Auslandes uns gegenüber nicht die Entscheidung. Allerdings ist es Tatsache, daß eine starke Radikalisierung des Abgeordnetenhauses eintreten wird, aber abgesehen davon, daß neben dem Abgeordnetenhause als gleichberechtigter Faktor auch das Herrenhaus besteht, habe ich vor dieser Radikalisierung keine Furcht. (Lachen rechts.) **Unbedingt festhalten wird die Regierung an der Durchführung des Prinzips des gleichen Wahlrechtes. Das ist der ausschlaggebende Kernpunkt der Vorlage.** (Lachen rechts.)

Nachdem dann Finanzminister Dr. Herz die Vorlage über die staatsrechtlichen Aenderungen der Verfassung kurz begründet hat, kommt als erster der Führer der Konservativen Abg. von Heydebrand zum Wort: Zunächst nur einige allgemeine Bemerkungen: Die Rede des Ministers des Innern war angeblich von allgemeinen Redensarten (Große Unruhe links, stürmische Zustimmung rechts). Ich wiederhole, daß es nur Redensarten waren und ich mache mich anheischig, mit solchen Redensarten auch die Einführung der Republik zu begründen. (Große Unruhe links). Der Minister hat alle Möglichkeiten, daß die Vorlagen in einer anderen Gestalt verabschiedet werden könnte, kurzer Hand abgewiesen. Das ist nach meiner parlamentarischen Erfahrung nicht der gegebene Weg, um auf eine Verständigung hinzuarbeiten. Aber der Minister hat ja an seiner Seite einen gewandten Parlamentarier. (Große Heiterkeit.) Der Minister hat uns aufgefordert, in dieser ernsten Zeit nicht unnötig Parteistreitigkeiten wieder aufleben zu lassen. Das sagt der Vertreter einer Regierung, die mit dieser Vorlage die Meinungsverschiedenheiten der Parteien offen zum Ausbruch bringen muß. Wir haben im letzten Jahre nicht geschlafen. **Wir wissen, wie die Vorlage entstanden ist, wir wissen, daß man die Notlage des Landes ausgenützt hat.** (Große Unruhe links.) **Wir haben den Verdacht, daß auf die Krone eine unzulässige Einwirkung stattgefunden hat.** (Große Unruhe links.) Zuruf: „Sie wissen ja, wies gemacht wird!“) Wir sind bereit, an einer Reform des Wahlrechtes mitzuarbeiten und haben bisher unsere Mitarbeit niemals verlagt. Die Reichsverfassung und die preußische Verfassung geben dem Kaiser nach freiem Ermessen das Recht, die Minister und Staatssekretäre zu ernennen. Diese Vorschrift der Verfassung ist nicht beachtet worden, **denn die letzten Erfahrungen sind in einer Weise erfolgt, welche die Beauftragten nicht mehr als Männer des allerhöchsten Vertrauens erscheinen läßt.** (Sehr richtig! rechts.) **Wir befinden uns jetzt in der Entwicklung auf dem direkten Wege zur parlamentarischen Regierung.** [illegible] Regierung gehabt hätten, wo wäre dann Preußen? (Sehr richtig! rechts) und wo wäre das Deutsche Reich? **Wir machen die jetzige Entwicklung nicht mit.** Wir verdanken dem Aufschwung der starken Monarchie mit konstitutioneller Verfassung; wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte! Ist es doch schon bei uns so weit gekommen, daß Dr. Michaelis seinen Abschied nehmen mußte, nur weil er kein Amt ohne Gegengang der Reichstagsmehrheit angetreten hatte. Die Reichstagsmehrheit hat die Entlassung des Staatssekretärs Helfferichs und seine Ersetzung durch eine andere rein politische Persönlichkeit verlangt, und sie hat durchgesetzt, daß auch Herr Breitenbach einem anderen Vizepräsidenten hat Platz machen müssen. Der Reichskanzler hat sich dem schließlich fügen müssen. Dahin sind wir gekommen, daß die Minister und Staatssekretäre nicht aus freiem Willen und aus eig. Machtbewußtsein der Krone gewählt werden, sondern daß andere Leute bestimmen, wer entlassen werden soll. (Zuruf links: Früher hatten Sie das Vorrecht!) Wohin sind wir in Preußen gekommen: Wir haben einen Ministerpräsidenten, der kein Preuße ist und wir haben einen Württemberger, der die preußischen Stimmen im Bundesrate vertritt und der zugleich Vertrauensmann der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie ist, und was noch schlimmer ist, die preußischen Gesetze werden nicht mehr in Preußen, sondern im Reichstage gemacht. In letzter Zeit ist uns von der Regierung gedroht worden: Wenn ihr euch etwa weigern würdet, im preußischen Abgeordnetenhause diese Dinge anzunehmen, dann soll ihr Wille geschehen! Die Herren im Reichstage bestimmen und wir haben zu gehorchen. Wenn wir das nicht tun, dann fliegen wir einfach. Ich will mir nicht die Stimmen zu eigen machen, welche sagen: bei dieser Entwicklung fühle man sich als Preuße im deutschen Reichstage beinahe verraten und verkauft! (Sehr richtig rechts. Unruhe links.) Wir wollen im deutschen Reichstage als Preußen keine Vorrechte, aber wir wollen auch nicht schlechter behandelt werden als andere.

Nach einer scharfen Zurückweisung der Angriffe des konservativen Sprechers durch den Grafen Hertling erklärte der Abgeordnete Dr. Pachnicke, daß die Konservativen, die sich sonst immer nach den Wünschen der Krone gerichtet hätten, diesmal der Krone Widerspruch entgegensetzten, weil sie das allgemeine Wahlrecht vorschlage.

Der Zentrumsabgeordnete Porsch machte den Schluß der Redner. Er erklärte, daß an der zwar im allgemeinen einverstanden sei mit der Art, wie Graf Hertling Ministerpräsident geworden ist, aber in seiner Partei wäre doch eine Gruppe, welche nicht für das gleiche Wahlrecht ist. Seine Fraktion werde die Vorlage eingehend und gründlich prüfen.

Am Schlusse machte der Präsident Graf Schwerin die erfreuliche Mitteilung, daß an der Front des Erzherzogs Leopold und der Heeresgruppe Mackensen die Waffenruhe sich auch auf die rumänischen Truppen ausgedehnt habe.

Neue Hetzrede Wilsons.

Washington, 4. Dezember. (Reutermeldung.) Wilson hielt heute im Kongreß eine Rede, in der er sagte: Ich will nicht darauf zurückkommen, die Ursachen des Krieges und die Zeit des unerträglichen Unrechts, das von den unheilvollen Herren Deutschlands uns zugefügt oder gegen uns geplant wurde, zu besprechen. Das ist seit langem jedem echten Amerikaner in großem Maße offensichtlich und verabscheungswürdig geworden, um seine Wiederholung notwendig zu machen. Aber ich möchte Sie auffordern, wiederum und mit größter Genauigkeit unsere Ziele und die Mittel, durch welche wir sie erreichen wollen, zu überprüfen. Denn der Zweck der Besprechung hier an diesem Ort ist Handeln und unser Handeln muß sich in gerader Richtung auf die endgültigen Ziele hinbewegen.

Arthur Stadthagen †

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Niederbarnim, Arthur Stadthagen, ist einem schweren Lungenleiden erlegen. Stadthagen, der am 23. Mai 1857 geboren wurde, war auch Berliner Stadtverordneter und einer der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten.

Gekündigte Verträge mit den Alliierten.

Kopenhagen, 5. Dezember. Nach dem „Daily Chronicle“ hat die russische Regierung alle Verträge mit den Alliierten wegen Lieferung von Munition und Kriegsmaterial für das russische Heer gekündigt und sofort außer Kraft gesetzt. Die Regelung der Kriegsschuldfrage [illegible] in den Friedensverhandlungen verschoben werden. (Lok.-Anz.)

Eine Proklamation Krylentos.

Rotterdam, 5. Dezember. Nach drahtlosen Berichten aus Petersburg hat Krasenko eine Proklamation an die russischen Soldaten gerichtet, worin er bekannt macht, daß er mit den revolutionären Truppen in Mohilew eingerückt sei und das Hauptquartier umzingelt habe. Die Soldaten haben den General Duchonin aus dem Eisenbahnzuge hinausgeworfen und auf diese Weise ermordet. Darauf ergriff Kornilow die Flucht. Reuter meldet aus London: Die maximalistische Regierung teilte der Petersburger Telegraphenagentur mit, daß der Große Generalstab an der Front sich den maximalistischen Truppen ergeben habe. (Lok.-Anz.)

Die Republik der Ukraine.

Rotterdam, 5. Dezember. „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Nach dem „Daily Chronicle“ beschloß die ukrainische Rada, ihre Gewalt über alle Gegenden auszudehnen, wo die Volksmehrheit aus Ukrainern besteht, damit gerieten die Gouvernements Cherson, Jekaterinoslaw, Charkow, Taurida und Kursk in die neue Republik aufgenommen. Die Republik der Ukraine erstreckt sich nunmehr von Odessa bis an die Krim und an das Schwarze Meer und bis an das Gebiet der bonischen Kosaken. Der Ausschuß der Marineabteilung des Schwarzen Meeres berichtet über die Nationalisierung der Schwarzmeerflotte für die ukrainische Republik. Am 23. November ernannte die Rada für Ukraine einen Ausschuß, welcher die ukrainischen Soldaten an der Front kontrollieren soll.

Der Bericht der Obersten Heeresleitung.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 5. Dezbr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Front vielfach lebhafte Artillerietätigkeit.

Zwischen Ancre und Bourlon war das Feuer am Nachmittage erheblich gesteigert. Feindliche Vorstöße südlich von Moeuvrès scheiterten; wir machten einige Gefangene.

Englische Grabenstücke bei und südlich von Morcoing wurden vom Feinde gesäubert.

Südlich von St. Quentin verstärkter Artillerie- und Minenkampf.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

In zahlreichen Abschnitten führte rege beiderseitige Erkundungstätigkeit zu heftigen Nahkämpfen.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

An der Front des Erzherzogs Joseph und der Heeresgruppe Mackensen dehnen sich die Waffenstillstandsverhandlungen auch auf die rumänischen Truppen aus.

Mazedonische Front:

Stärkere feindliche Abteilungen, die am Westufer des Ochridasees und nordöstlich vom Doiransee vorstießen, wurden abgewiesen.

Italienische Front:

Truppen des Feldmarschalls Conrad haben in den Sieben Gemeinden den Italienern einige Höhenstellungen entrissen.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191712053/fragment/page=0001

Wilson als Herr der Entente.

Herr Wilson häutet sich wie ein Chamäleon. Er tritt in immer neuen Gestalten und Farben auf. Während seine Reden, aber auch seine Beschlüsse in der ersten Zeit nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg den Eindruck erwecken mußten, als ob die Vereinigten Staaten sich am Kriege nur deshalb beteiligten, um bei den Friedensverhandlungen mit dabei zu sein, während er zunächst die Rolle des Mannes spielte, der nur deshalb den Tempel des Kriegsgottes öffnet, um möglichst bald den Schlüssel zum Friedensstempel hervorziehen zu können, gebärdet sich Herr Wilson seit einiger Zeit als begeisterter Verehrer des Gedankens, den Krieg „bis zum Ende" durchzuführen, um dem preußischen Militarismus für alle Zeiten den Garaus zu machen. Herr Wilson, der Mann, der früher immer die Palme des Friedens schwang, er war es, der unter allen Machthabern der Entente sich gegenüber der Friedensbotschaft des Papstes am schärfsten ablehnend verhielt und Herr Wilson, der noch im September den Entschluß erklärte, es sei nicht die Absicht der Vereinigten Staaten, in der Welt den Eindruck hervorzurufen, als ob die Vereinigten Staaten den anderen Regierung, die mit Deutschland im Kriege stehen, verbündet wären, geht jetzt energisch daran, für die Vereinigten Staaten die militärische Führung innerhalb der Entente zu erkämpfen.

Der Gedanke, daß von Washington aus über den Ozean hinüber, ein ausschlaggebender Einfluß auf die Führung des Europäerkrieges ausgeübt werden soll, hat zunächst etwas Groteskes. Aber diese Groteske wurzelt in der Wirklichkeit. Lassen wir die Tatsachen in Kürze für sich selbst sprechen. Im August erklärte die unter Führung des Generals Pershing nach dem Kriegsschauplatz entsandte nordamerikanische Militärkommission einen Bericht, in einem geradezu vernichtenden Urteil über die militärische Situation der Entente ausklang. Die Kommission erklärte, die deutsche Stellungen an der Westfront seien uneinnehmbar, die deutschen Menschenreserven schier unerschöpflich, die deutsche Armee sei im vierten Kriegsjahre stärker als je. Amerikanische Blätter, die als das Sprachrohr der Bundesregierung gelten, fügten diesem Bericht der Militärkommission die Erklärung bei, in Washington sei man überzeugt, daß die Entente ohne Amerikas Hilfe verloren sei. Amerika zog sehr bald die Konsequenz aus diesem Urteil. Der Vertrauensmann Wilsons, Oberst House, und der bei seinem ersten Auftreten in London und Paris enthusiastisch begrüßte Pershing erschienen als ungebetene Gäste bei dem letzten Kriegsrate in Rapallo. Wir wissen jetzt, daß die Abgesandten Wilsons die Forderung stellten einen Generalissimus der Entente zu ernennen. Es kam aber nur ein „Oberster Kriegsrat" mit dem Sitz in Paris zustande, der aus Generälen und Staatsmännern aller beteiligten Staaten zusammengesetzt sein soll. Während nun die englischen, Heerführer und ihre politischen Hintermänner einen erbitterten Kampf gegen diesen neuen Kriegsrat führen, weil sie eine Einmischung der Minister, insbesondere Lloyd Georges, in ihre strategischen Wachtsphären befürchten, kommen von Amerika aus Erklärungen, daß Herr Wilson mit dieser Lösung nicht einverstanden sei. Herr Wilson verlangt nach wie vor die Einsetzung eines Generalissimus, der allein die Kriegspläne beschließen und ihre Ausführung anordnen soll. Das deutsche Vorbild hat es ihm angetan. Einzelne amerikanische Blätter erklären sogar, daß die Vereinigten Staaten die Kriegsleitung allein in die Hand nehmen würden, falls eine Einigung innerhalb der Entente über diese Frage nicht zu erzielen sei.

Aus gewissen Anzeichen kann man geschlossen werden, daß Wilson für die Verleihung der Würde des Generalissimus der Entente an einen französischen General, anscheinend an Foch, ohne Skepsis eintritt. Dagegen wehren oben Weltoeschichte denn tendenz, daß gegenüber Polen ist ja klar, was ist kein Zufall, daß Wilson gerade einen französischen Generalissimus verlangt. Die Abhängigkeit Frankreichs von Nordamerika ist eine weit größere, als die Abhängigkeit John Bulls von Bruder Jonathan. Man ist in Frankreich weit lebhafter gegen die amerikanischen Wünsche als in London, weil man in Paris die letzte Hoffnung auf das amerikanische Heer und die amerikanischen Flieger sieht, während man in London mitunter sich recht skeptisch, ja sogar ironisch über die militärischen Anstrengungen der Vereinigten Staaten geäußert hat. Herr Wilson will eben auf der Friedenskonferenz die Hauptrümpfe in der Hand haben, und so weit, daß die englische Politik keinen Plänen abneigung gegenübersteht, so will er sich Frankreich für den Friedenskongreß als Schutzmann gegenüber England sichern. Man erinnere sich in diesem Zusammenhange an die beiläufigen und erregten Stimmen, die in England angesichts der starken Vermehrung der nordamerikanischen Kriegsflotte zu hören waren. Amerikanische Blätter haben jüngst bezeichnende Klage darüber geführt, daß die englische Admiralität ein Mißtrauen gegenüber der nordamerikanische Admiralität an den Tag lege und daß England der englisch-amerikanischen Flottenkommission seinerseits Aufklärung über die Sachprobleme gegeben habe. Die Amerikaner fürchten, daß England sich bei der Neuregelung des Seerechts, die der Friedenskongreß bringen soll, übers Ohr hauen könnte, wie man überhaupt im Weißen Hause zu Washington sich offenbar darüber klar geworden ist, daß die Pläne und Absichten der Politik der Vereinigten Staaten nur dann durchgesetzt werden können, wenn Amerika der englischen Politik weitgehende Konzessionen abringt.

Sie haben sich nie geliebt, John Bull und Bruder Jonathan. Der Vollblutengländer sah in dem Amerikaner stets so etwas wie ein angelächsisches „Halbblut". Umgekehrt der Nordamerikaner den Briten wirtschaftlich überflügelt, lehnen ihn sein immer Reichtum zu imperialistischen Plänen angestachelt hat, bei Hand sogar eine latente Gereiztheit zwischen den beiden Mächten. Im Weltkriege führte die Furcht Amerikas vor Japan zusammen. Diese Furcht hat nachgelassen, seitdem Nordamerika mit seinen Rüstungen vorwärts gekommen ist. Jetzt will Amerika die verlorene Lage der Entente ausnutzen um, wie Englands Weltgeschichtlichter spielen. Noch besteht kein Konflikt zwischen den beiden angelächsischen Mächten, ein Zwist wäre vertrübt. Aber die ersten Anfänge eines Konfliktes sind vorhanden, auch die angelächsische Seite des Ententetrumes beginnt brüchig zu werden.

Der Verfall der russischen Industrie.

Russische Quellen geben die Möglichkeit, sich eine Vorstellung vom Zusammenbruch der russischen Industrie und von den im Innern des Landes herrschenden Schwierigkeiten zu machen. Nach Angaben der Industrieabteilung des Handels- und Industrieministeriums, die in der „Zeitschrift für angewandte Chemie" wiedergegeben werden, sind im europäischen und asiatischen Rußland in der Zeit vom 14. März bis 14. August 1798 Industrieunternehmungen, die 194 372 Arbeiter beschäftigten, geschlossen worden. Davon entfallen auf den Petersburger Bezirk 63 Fabriken mit 4522 Arbeitern, auf den Moskauer Bezirk 71 Fabriken mit 45 878 Arbeitern. Unter den geschlossenen Betrieben sind allein 156 Lebensmittelfabriken mit 14 922 Arbeitern. Der Mangel an Roh- und Brennstoffen, der den Hauptgrund für die Schließung der Fabriken bildet, ist zu einem großen Teil eine Folge der Transportschwierigkeiten, die aber ihrerseits wieder eng mit der ungenügenden Kohlenversorgung zusammenhängen. Die Eisenbahnen, die monatlich 48 Millionen Pud (bei völlig normalem Betrieb gegen 54 Millionen Pud) Brennstoff verbrauchten, verfügten am 14 September nur über einen Vorrat von 22 Millionen Pud. Die Eisenbahnverwaltung war zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine ganze Reihe von Betrieben geschlossen werden müsse, wenn die Bahnen nicht den Verkehr Ende Oktober aus Brennstoffmangel überhaupt einstellen sollten. Schließlich erhielten die Eisenbahnen nur noch 42 Prozent ihres Bedarfs an Kohlen. Zurzeit heizen die Eisenbahnen mit Donzskohlen, deren Förderung aber auch ständig zurückgeht. Auf der Mitte Oktober abgehaltenen Donzkonferenz der Industriellen hat sich gezeigt, daß die Lage des Brennstoffmarktes seitdem noch weit mißlicher geworden ist. Die mittlere monatliche Verladungsziffer aller Arten von Kohle betrug für die ersten acht Monate des Jahres monatlich 115 Millionen Pud, im September nur 80 Mill. Pud, während der Bedarf an Donzskohle, niedrig gegriffen, mit 125 Mill. Pud monatlich berechnet wird. Nach günstiger Berechnung wird die durchschnittliche Monatsbeförderung von Sentember bis einschließlich Dezember kaum 85 bis 87 Millionen erreichen. Die Eisenbahnen haben ihre Vorräte aufgebraucht und erhalten statt der nötigen 43 nur 19 Millionen Pud. Daran hat auch die inzwischen tatsächlich erfolgte Einschränkung in der Belieferung der Industrie nichts zu ändern vermocht. Diese Einschränkung geht soweit, daß selbst Fabriken, die für den Seeresbedarf arbeiten, nur 25 Prozent ihres Bedarfs erhalten. Zwanzig der größten Hochöfen im Donezbecken sind abgeblasen, und die Arbeit vieler Eisenwerke ist eingeschränkt worden. Ihre Kohlenbelieferung ist bis zu 50 Prozent verringert worden. Die staatliche Kohlenverwaltung hat einen Verteilungsschlüssel aufgestellt, der in Wirklichkeit aber nur auf dem Papier steht. Wie groß die den einzelnen Bezirken zugemessene Beschränkung ist, geht daraus hervor, daß der größte Fabrikbezirk Rußlands, der von Charkow und Jekaterinoslaw, im Oktober nur 6,5 Millionen Pud Kohle erhalten sollte statt der noch im September gelieferten 10,2 Millionen Pud. Industriezweige, deren Unentbehrlichkeit im staatlichen Interesse nicht über alle Zweifel erhoben ist, erhalten überhaupt keine Kohle mehr. Im Charkower Bezirk verbleiben noch Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse Lazarette, Wohnungen, elektrische Stationen, Wasserwerke, Zuckerfabriken, Mühlen, Schiffahrtsgesellschaften für alle übrigen Unternehmungen, wie chemische, Metallbearbeitungsfabriken usw., nur 500 Waggon Kohle, was gleichbedeutend mit der Stillegung der meisten Betriebe ist, darunter auch solcher, die für die Eisenbahnen arbeiten. Ähnlich, die Lokomotiven und anderes Eisenbahnmaterial herstellen, sollen nun auf Kosten der den Eisenbahnen zugeteilten Mengen beliefert werden. Aus diesem Zustand in der Erzeugung von Eisen und Kohle sowie im Transportwesen ergibt sich das Bild für die übrigen Industrien. Letzten Endes sind diese Zustände auf die lebte Mißwirtschaft zurückzuführen. Der Lohn wenigstens Tage genügt für die Beschaffung der höchstlichsten Lebensbedürfnisse und zur Bezahlung der Strafen für das Fernbleiben von der Arbeit. So kommt es, daß die durchschnittliche Leistung eines Arbeiters erheblich zurückgegangen ist. Der Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern geht aber noch um viel höhere Dinge als lediglich um die Lohnfrage. So beanspruchten die Arbeiter der Ledersabriken des Moskauer Gebiets in einem bereits 6 Wochen dauernden Streik, daß Anstellung und Entlassung nur durch die Gewerkvereine und Arbeiterausschüsse erfolgen dürfen. Die Fabriken erklärten sich bei Verhandlungen zu Zugeständnissen bereit, wollten sich aber weigerlich daß Recht der Arbeiterentlassung nicht nehmen lassen, und so kam eine Einigung nicht zustande. Eine Vorstellung, wie es bei solchen Verhandlungen zugeht, gibt die Nachricht, daß in einer Petersburger Fabrik bei solchen Verhandlungen der Sekretär des Vorstandes halb zu Tode geprügelt und die Direktoren auf Schubkarren vom Fabrikhofe gefahren wurden.

Kriegsgefangenenaustausch mit Frankreich.

Bekanntlich sind die Vorschläge der deutschen Regierung in bezug auf den Austausch und die Internierung von Kriegsgefangenen bis jetzt von der französischen Regierung nicht angenommen worden. Die Gründe dieser Ablehnung sind nicht bekannt. Daß aber weite Kreise des französischen Volkes mit Schmerz auf die Rückkehr der französischen Gefangenen warten und daß sie für das Nichteingehen auf die deutschen Vorschläge die französische Regierung verantwortlich machen, geht aus zahlreichen Aeußerungen der Presse und aus Briefen der Angehörigen der französischen Gefangenen hervor. Bezeichnend für diese Stimmen in Frankreich ist der folgende Brief, den der Kriegsgefangene P. am 15. Oktober 1917 an seine Frau geschrieben hat:

„Mit meinen Aufsätzen und Briefen des Austausches der Kriegsgefangenen habe ich nich geirrt. Viele meiner Kameraden erhalten Briefe, die ihnen Enttäuschungen bereiten. Es verlohnte sich wirklich nicht der Mühe, daß unsere Presse so viel Lärm um so ein lächliches Ereignis gemacht hat. Man macht sich lustig über uns. In euch erwacht man jedenfalls den Glauben, daß die Deutschen es seien, die hier bei Schwierigkeiten machen. Zum Glück für uns wissen wir das Gegenteil, und zwar durch die Vertreter neutraler Staaten, die uns im Lager besuchen. Wir haben den Eindruck, als ob die ganze Bande auf der Lauer liege und unsere Rückkehr, vor Ungeduld zitternd, erwarte, damit wir denn ihren Platz einnehmen und statt ihrer die Belanschaft mit den Granaten und Kugeln machen. Von uns sagt man, daß unser Mut gesunken sei. Das stimmt nicht — aber wir sind noch nicht so verrückt, daß wir nicht den wahren Tatbestand durchschauen könnten. Und wir sind körperlich — da könnten wir verrecken, wenn wir nichts weiter hätten als das, was unsere Regierung uns zusammen läßt. Die Leute in Frankreich mögen sich sagen und wissen, daß wir die Sache satt haben und daß ein derartiges Benehmen uns anekelt. Wir sind nicht interessant — gut — man soll auch nach dem Kriege nicht auf uns zählen."

Kriegsallerlei.

Das Lob der Kriegskost.

Gewiß ist nichts so schlecht auf der Erde, daß sich ihm nicht irgend etwas Gutes nachsagen ließe, und es scheint ein Gesetz zu sein, daß sich stets aus der Not auch eine Tugend entwickelt. Demnach dürften die Leute, die in der Art und Menge unserer Ernährung während des Krieges Vorzüge erblicken, stark in der Minderzahl sein. Zum Glück befinden sich unter ihnen gerade solche, die, wie der Geh. San.-Rat Prof. Rosenfeld in der Frankfurter Wochenschrift „Umschau" in ihrer Stellung als Aerzte mit besonderem Gewicht über die gesundheitlichen Einwirkungen der Kriegskost sprechen dürfen. Demnach liegen allerdings eine ganze Reihe von Beweisen für die Berechtigung eines zum wenigsten nicht ausschließlich ungünstigen Urteils vor. Es ist zunächst die Statistik von Krankenkassen mehrerer Großstädte, die wegen Abnahme der Erkrankungen erhebliche Ersparnisse gemacht haben. Auf die Abnahme der Säuglingssterblichkeit ist bereits hingewiesen worden. Die Statistik Breslaus, der eine Reihe wertvoller und günstiger Angaben entnommen werden können, zeigt insbesondere eine dauernde Abnahme der Frauensterblichkeit seit Kriegsbeginn, obgleich sich doch das Erwerbsleben der Frau erheblich schwerer gestaltet hat. Erheblich zurückgegangen sind die Todesfälle an Herzleiden, an Arterienverkalkung und namentlich an Alkoholismus, ferner auch die Geisteskrankheiten im allgemeinen. Nicht die Zuckerzulage scheint die geringe Zuckerportion gegenseitig zu wirken, obgleich nach anderer Richtung auf ihre geeignete Ernährung nicht so sorgfältig Rücksicht genommen werden kann wie im Frieden. Im großen und ganzen wird die günstige Einwirkung der Kriegskost auf drei Hauptpunkte zurückführt, einmal auf die außerordentliche Verringerung des Alkoholgenusses, die den Körper widerstandsfähiger gegen Krankheiten macht, ferner auf die Vielseitigkeit, die geistreiche Mehrzahl der Menschen, wenn auch unfreiwillig, durchmachen, und drittens auf die kräftigere Eigenschaft des Brotes, dem bei der geringen Ausmahlung die nahrhafte Kleie erhalten bleibt. Fix Berlin, das große Arbeitszentrum, sind die Auskünfte der Statistik nicht ganz so günstig, aber auch hier hat sich die Sterblichkeit der weiblichen Bevölkerung verringert.

Die Not in den russischen Schützengräben.

Die finnische Zeitung „Uusi Suomeizer" vom 9. Oktober enthält einen Bericht des Wirtschafts-Ausschusses des Helsingforser Rates, den dieser den Zeitungen zur Veröffentlichung zugehen ließ: „Helsingfors und Sveaborg an die Nigafront! Mitbürger! Die Delegierten des A.- und S.-Rates in Helsingfors haben euch einen Gruß von den Soldaten an der Nigafront überbracht, aber neben diesem Gruß auch eine hervorragende Schilderung über das Fehlen von Schuhzeug, Kleidungsstücken und Wollsachen (Unterkleidung) angeben, besonders aber auf die durch Hunger, Halbnachtheit und Ermattung durch Gase hervorgerufene trostlose Stimmung der Soldaten hingewiesen, die, in ihren Gräben und kalten Unterständen stehend, eine Befreiung aus allen diesen Nöten nur durch den Tod erwarten. Mitbürger! Lindert die Not der Soldaten, schafft ihnen Kleidung, Unterkleidung, Tabak, Geld sowie überhaupt alles, was ihr zu geben vermögt! Helsingfors. Das Wirtschafts-Komitee des Armee-, Flotten- und Arbeiterrates."

Kommentar überflüssig!

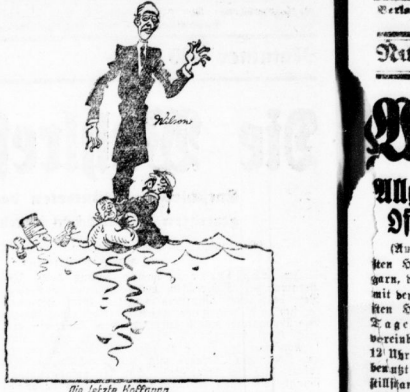
Der widerspenstige Rekrut.

mo. Aus A. wird uns folgende amüsante Geschichte erzählt: Ein militärisches Kommando hatte mobilisierte Leute aus Altbayern geholt, um sie in eine pfälzische Garnison zu bringen. In A. wurde Rast gemacht und in einer dem Bahnhof gegenüberliegenden Wirtschaft der westwärts fahrende Militärzug erwartet. Rechtzeitig erteilt ein Gefreiter das Kommando zum Antreten; die Leute springen auf und stellen sich gehorsam in Reih und Glied, bis auf einen Mann, der ruhig am Tisch sitzen bleibt. „Na, ballt, ballt, wird's bald!" erkundigt sich der Mann mit den Knöpfen bei dem Seitsätzten. Der aber entgegnet fortwährend: „I mog nöt!" — „Und ich befehle Ihnen, anzutreten!" schnaubt ihn nun der Gefreite im Vollgefühl seiner militärischen Würde an, aber ohne jeden Erfolg. Eilends läuft der schwer gekränkte Unteroffiziersstellvertreter zum Zahlmeister und meldet den dortigesehen groben Ungehorsam vor versammelter Mannschaft". Der Zahlmeister mit der Liste unterm Arm kommt langsam herbei und versucht es, den Mann, um ihn vor schwerer Strafe zu retten, in ruhiger väterlicher Weise zu seine Pflicht zu erinnern. „Haben Sie nicht gehört? Sie sollen antreten!" „I mag aber nöt!" Das ist zuviel. Heftiges Ungezeziefer und Schnurrbartsträuben beim Feldwebel, entsetzte Gesichter und unterdrücktes Lachen bei den anderen. „Sie heißen Sie?" — „Xaver Kikelhahn." — Feldwebel (für sich): „Hm, Kikelhahn, Kikelhahn, der steht doch gar nicht in der Liste! (Sucht in der Liste.) Was sind Sie in Ihrem Zivilberuf?" — „Königlich bayerischer Bahnsekretär auf der Station K." — Feldwebel (höflich erleichtert, jetzt höflicher): „Warum haben Sie denn das nicht gleich gesagt?" — Kikelhahn: „Es hat mich ja niemand danach gefragt!" — Feldwebel (zum Gefreiten, leise): „Sie Rindvieh!"

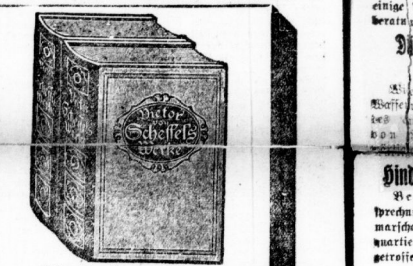
Kriegshumor.

Der Torgauer. Feldgraue pfeifen und jammen im Chorus mit starkem Kräfteaufwand einen alten preußischen Marsch. Einem aber mit verfeinertem musikalischen Aufnahmevermögen geht die „Piece" auf die Nerven. „Kinder!" ruft er, „wenn der olle Dessauer bei hören würde, der ist sich noch im Grabe umdrehen!" — „Wat müßte man in olle Dessauer?" hält man ihm entgegen. „Det war ja jar nich der Dessauer Marsch — dat war doch der Torgauer Marsch!" — „Na, denn der olle Torgauer!" („Meggend. Bl.")

Kriegsware. „Hat Dein Bud, der Schuster, bald ausgelernt?" — „Ja; zu einem Tischler muß er noch vier Wochen." („Meggend. Bl.")



Die letzte Hoffnung
„Der Ertrinkende greift nach dem Strohhalm!"



Grösse jeden Bandes 12×18 cm.

Victor von Scheffel's Werke

soeben eingetroffen.

Diese neue billige Ausgabe von Scheffel's Werken,

herausgegeben von Dr. Paul Wiesener, ist **ausserordentlich gut** ausgestattet. Wir trinken die **sehr gut und vornehm ausgestatteten Ganzleder-Bände** zu dem **überaus billigen** Preise von

nur 3½ Mark beide Bände,

zum Verkauf, **ein Preis,** der **nur durch Herstellung von Massen-Auflagen ermöglicht ist.**

Victor von Scheffel ist ein derart beliebter und in der ganzen Welt **beliebter Dichter,** dass es sich jeder empfehlenden Worte erübrigt. — **Scheffel** gehört in jedes **deutsche Haus,** in jede Bibliothek und bildet stets ein **herrliches Geschenk** zu jeder Gelegenheit. Während bisher die Ausgaben bedeutend teurer waren, ist in dieser Ausgabe eine **besonders billige,** trotzdem aber wirklich gute Ausgabe geschaffen.

Druck, Papier u. Einband sind tadellos u. vornehm.

Inhalt der beiden Bände:

Ekkehard — Trompeter von Säkkingen — Gaudeamus — Juniperus — Frau Aventiure — Engidio — Gedichte — Nachgelassene Gedichte — Reisebilder — Episteln — Waldeinsamkeit — Bergspalmen — Aus Heimat u. Fremde.

Die Herausgabe **dieser so billigen, guten** Ausgabe

Victor von Scheffel's

ist ein Ereignis auf dem literarischen Markte.

Jeder sichere sich sof. ein Exemplar.

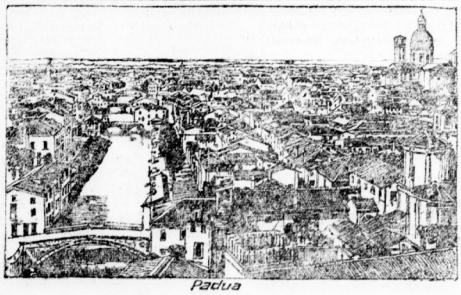
General-Anzeiger

für Halle a. S. und die Prov. Sachsen.

Grosse Ulrichstr. 16, Leipzigerstr. 34, Brunnenstr. 49 (Giebichenstein).

Versand nach auswärts gegen Einsendung des Betrages zuzügl. 70 Pfg. Porto. (Nachn. 25 Pfg. extra.)

Sendungen über 5 Mk. erfolgen franko.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191712053/fragment/page=0002